

Der Inhalt wird nicht richtig dargestellt? [Im Browser öffnen.](#)



Jörn Domeier, MdL

Liebe/r [Vorname],

mehr Sacharbeit, mehr inhaltliche Auseinandersetzung und mehr Arbeit für die wichtigen Themen.

Im Landtag haben wir im Novemberplenium zahlreiche Themen behandelt. Stück für Stück arbeiten wir den Koalitionsvertrag ab und gehen auf aktuelle Entwicklungen ein.

Ein großes Thema nach meinem letzten Plenarbriefen war das Thema der ärztlichen Versorgung. Gemeinsam und Hand in Hand sind Falko und ich bei zahlreichen Terminen. Bei der Kassenärztlichen Vereinigung, im Gespräch mit Vertretern und natürlich immer auch mit den Betroffenen.

Hinweisen möchte ich auch auf mein Angebot: www.helmstedt-besser-machen.de.

Dieses ist ein Portal, das wir eingerichtet haben, wo ganz niedrigschwellig Themen vor Ort angesprochen werden können.

Aber nun zu den Themen aus dem Plenum. Auf meinem Youtube-Kanal findet ihr meinen Beitrag zum Diesel und einem Antrag AfD.

[Mein Youtube-Kanal.](#)

Der Inhalt wird nicht richtig dargestellt? [Im Browser öffnen.](#)



Hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen sicherstellen

Der demografische Wandel führt zu einem Anstieg des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung. Diese Personengruppe ist häufiger, auch aufgrund chronischer Krankheiten, auf ärztliche Versorgung angewiesen. Gleichzeitig werden altersbedingt in den kommenden Jahren viele Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand gehen. Deshalb ist es wichtig, ausreichend Ärztinnen und Ärzte auszubilden und ihnen frühzeitig während des Studiums die interessanten Perspektiven einer Praxis zu vermitteln. Anreize, Entlastungen und Bürokratieabbau sollen diese Maßnahmen zur Sicherstellung einer wohnortnahen Versorgung unterstützen. Unter den geforderten Maßnahmen ist folgendes zu finden: Der Ausbau der Studienplätze für Medizin soll zügig vorangetrieben werden. Es soll darauf hingewirkt werden, dass ein Modell „Hausärztliche Versorgung“ in der KVN geschaffen wird, in dem (Nachwuchs-)Ärztinnen und Ärzte beim Übergang vom Studium zur Weiterbildung und von der Weiterbildung zur Niederlassung begleitet und unterstützt werden. Des Weiteren soll realisiert werden, dass eine dem Flächenland Niedersachsen angemessene Bedarfsplanung für die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten kommt, um z.B. Fahrtwege zumutbar zu gestalten.

Erfolgsgeschichte fortschreiben - IdeenExpo unterstützen

Die IdeenExpo in Hannover hat sich als wichtiges außerschulisches Bildungsangebot etabliert, um Schülerinnen und Schüler auch über die Landesgrenzen Niedersachsens hinweg näher an

Der Inhalt wird nicht richtig dargestellt? [Im Browser öffnen.](#)

Berufsfelder im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich heranzuführen. Um die schulische Arbeit zur Studien- und Berufswahl auch weiterhin mit der IdeenExpo unterstützen zu können, bittet der Landtag die Landesregierung, sich auch für die kommenden Jahre finanziell zu beteiligen und zu diskutieren, wie die IdeenExpo in Zukunft noch weiter ausgebaut werden kann. Des Weiteren soll auf Bundesebene geworben werden, dass der Bund einen eigenen finanziellen Beitrag leistet.

Tarifautonomie und Mitbestimmung stärken - Gewerkschaften beim Einsatz für bessere Arbeitsbedingungen unterstützen

Die Arbeit der Gewerkschaften und die betriebliche Mitbestimmung leisten einen wesentlichen Beitrag zur gelebten Demokratie in den Betrieben und Unternehmen in der Sozialen Marktwirtschaft. Sie sind ein wesentlicher Faktor dafür, ein Unternehmen stabil und zukunftsfähig aufzustellen. Zudem bilden sie eine maßgebliche Kraft zur Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen. Gewerkschaften und Betriebsräte setzen sich für die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Beschäftigten und für gerechte Arbeitsbedingungen ein. Als betriebliche und überbetriebliche Interessenvertretung kommt ihnen bei Reformbemühungen auf dem Arbeitsmarkt eine besonders hohe Bedeutung zu, wenn es beispielsweise darum geht, sachlich nicht begründete Befristungen oder Leiharbeits- und Werkverträge zu begrenzen. Es ist daher Aufgabe der Politik, die wichtige Arbeit der Gewerkschaften und der Betriebsräte anzuerkennen und zu unterstützen. Aus den dargelegten Gründen, fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes einzusetzen. Dies wäre z.B. ein vereinfachtes Verfahren zur Wahl und Einrichtung von Betriebsräten sowie eine Aufgabenerweiterung auf betrieblicher Ebene insbesondere über weitere tarifliche Öffnungsklauseln. Des Weiteren soll verhindert werden, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahrnehmung ihrer betrieblichen Mitbestimmung, z.B. bei der Gründung eines Betriebsrates, behindert werden. Die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass öffentliche Unternehmen bei der Tarifbindung eine Vorbildfunktion einnehmen und die Tarifbindung in Unternehmen als Entscheidungskriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge höher zu gewichten ist.

Niedersachsen für den kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen stark aufstellen

Infolge des Brexit ist mit Einnahmeausfällen in Höhe von ca. 12 bis 14 Milliarden Euro p. a. zu rechnen, die zu 50 Prozent durch Einsparungen gedeckt werden sollen. Gleichzeitig entsteht ein Mehrbedarf durch das Hinzukommen neuer Aufgabenfelder, z. B. Grenzsicherung, europäische Sicherheitspolitik, Migration und Entwicklungszusammenarbeit in Höhe von ca. 10 Milliarden Euro p. a. Der Mehrbedarf soll finanziert werden durch Einsparungen und Umschichtungen (20 Prozent) sowie höhere Beitragsleistungen der Mitgliedstaaten. Die Kürzungen im Bereich der GAP-Mittel werden ganz konkrete Auswirkungen auf Niedersachsen haben, die es im Vorfeld abzumildern gilt. Der Landtag bittet die Landesregierung darauf hinzuwirken, dass der für Deutschland vorgesehene überproportionale Rückgang der Strukturfondsmittel, der Rückgang der GAP-Förderung und die ebenfalls beabsichtigte Absenkung der EU-Kofinanzierungssätze mindestens abgemildert werden, sodass

Der Inhalt wird nicht richtig dargestellt? [Im Browser öffnen.](#)

Niedersachsen auch in Zukunft stark in die Strukturfondsförderung einbezogen und europäische Strukturpolitik in der Fläche sichtbar bleibt. Ebenfalls soll sich auf allen politischen Ebenen für eine schnelle Verwirklichung der Finanztransaktionssteuer eingesetzt werden.

Ständig informiert.



TERMINE

22.11.2018 „100 Jahre Frauenwahlrecht“
Dr. Gabriele Andretta um 18 Uhr in Helmstedt

10.-13.12.2018 Plenum

Foto: Sebastian Petersen

Herzliche Grüße

Dein

Jörn

Impressum:

Jan Fricke, Büroleiter

Abgeordnetenbüro Jörn Domeier, MdL

Kleiner Wall 1

38350 Helmstedt

Tel.: 05351 39925-12

Fax: 05351 39925-16

Mail: buero@joern-domeier.de